Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche,
Katharinenstr. 29 part. und Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unr. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 60 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 127. Mittwoch den 7. Mai 1890. 84. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Vom **Dienstag, den 6. ds. Mts. ab** wird der **Durchgang von der Promenade zu der Dorotheenstraße** wegen der dort stattfindenden Abbruchsarbeiten auf die Dauer von etwa 3 Tagen

für den gesammten Fahrverkehr gesperrt.

Leipzig, den 3. Mai 1890.

IX. 2949. **Der Rath der Stadt Leipzig.**
Dr. Georgi. Hennig.

Bekanntmachung.

Die Leuchtkraft des städtischen Leuchtgases betrug in der Zeit **vom 28. April bis 4. Mai 1890** im Argandbrenner bei 2,5 Millimeter Druck und 150 Litern stündlichem Consum das 16,3fache der Leuchtkraft der deutschen Normalkerze von 50 Millimeter Flammenhöhe.

Das specifische Gewicht stellt sich im Mittel auf 0,457.

Leipzig, am 5. Mai 1890.

Des Raths Deputation zu den Gasanstalten.

Bekanntmachung.

Die **Erd- und Maurer-Arbeiten** für den **Erweiterungsbau des städtischen Krankenhauses** sind vergeben.

Die unberücksichtigt gebliebenen Bewerber werden daher ihres Angebotes hiermit entlassen.

Leipzig, am 3. Mai 1890.

Ia $\frac{2700}{624}$ **Der Rath der Stadt Leipzig.**
Dr. Georgi. Rüling.

Bekanntmachung.

Nachdem die Herstellung der Gasrohrlegung für den Ort Connewitz in Angriff genommen worden ist, fordern wir hierdurch diejenigen Einwohner von Connewitz, welche Gas zu Beleuchtungszwecken oder zum Heizen und Kochen, zum Motorenbetrieb u. s. w. geliefert zu haben wünschen, auf, die erforderliche Anmeldung

bis zum 20. d. M.

entweder im Bureau der städtischen Gasanstalten Leipzig, Ritterstraße 6, oder
im Gemeindeamte in Connewitz

zu bewirken.

Bei rechtzeitiger Anmeldung tritt eine Ermäßigung der Anlagekosten dadurch ein, daß das erforderliche Anschlußstück im Hauptrohre unentgeltlich geliefert wird.

Leipzig, am 4. Mai 1890.

Ia. 3199. **Die Deputation des Rathes der Stadt Leipzig zu den Gasanstalten.**

Wohnungs-Vermiethung.

In dem der Stadtgemeinde Leipzig gehörigen früheren Rathhausgrundstück in Leipzig-Anger-Crottendorf, Zweinaundorfer Straße Nr. 1, ist eine im II. Stockwerk gelegene, aus 2 Stuben, 2 Kammern, 1 Küche und sonstigem Zubehör bestehende Wohnung vom 1. October ds. Js. ab gegen halbjährliche Kündigung anderweit zu vermiethen.

Miethgesuche werden auf dem hiesigen Rathhause, I. Stockwerk, Zimmer Nr. 8, entgegengenommen.

Leipzig, den 30. April 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ia 2376. Dr. Georgi. Krumbiegel.

Brennholz-Auction.

Mittwoch, den 14. Mai d. J., sollen von Nachmittags 3 Uhr an im Forstreviere **Connewitz,** Abth. 8, 23 und 25,

ca. 400 Haufen klar gemachtes hartes Stockholz und 40 Langhaufen, Schlagreisig,

unter den öffentlich aushängenden Bedingungen und der üblichen Anzahlung an den Meistbietenden verkauft werden.

Zusammenkunft: auf dem Mittelwaldschlage an der Zwenkauer Straße und dem Gautzscher Felde.

Leipzig, am 5. Mai 1890.

Des Raths Forstdeputation.

Pfingstmaien-Verkauf.

Auf Burgauer Forstrevier können

ca. 2 Tausend Stück 3—4 Meter hohe Birken,

à Hundert zu 25 ₰,

abgegeben werden. Käufer wollen sich an die Forstverwaltung zu Forsthaus Burgau bei Leutzsch wenden.

Leipzig, am 5. Mai 1890.

Des Raths Forstdeputation.

Holzverkauf.

In der Nähe des **neuen Schützenhauses** bei **Leipzig** können vom Burgauer Forstrevier noch circa

60 meist starke Ellern-Langhaufen

aus freier Hand abgegeben werden.

Käufer wollen sich an die Forstverwaltung zu Forsthaus Burgau bei Leutzsch wenden.

Leipzig, am 5. Mai 1890.

Des Raths Forstdeputation.

Bekanntmachung.

Bei dem unterzeichneten Rentamte ist am heutigen Tage
Herr Architekt **Julius Mosch als Bauinspector**
und
Herr **Ferdinand Schaab als Bau- und Hausaufseher**
in Pflicht genommen worden, was hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Leipzig, am 6. Mai 1890.

Königl. Universitäts-Rentamt.
Gebhardt.

Bekanntmachung.

Die hiesige **Rathskeller- und Schützenhaus-Wirthschaft** soll zusammen am

Donnerstag, den 5. Juni cr., Vorm. 10 Uhr

im hiesigen Magistratsbureau **vom 1. October cr. ab** auf 6 Jahre öffentlich verpachtet werden.

Pachtliebhaber haben sich vor Beginn der Licitation über ihre Verhältnisse gehörig auszuweisen; die übrigen Bedingungen werden im Termine bekannt gemacht, sind auch schon vorher bei uns einzusehen.

Mölkau, den 5. Mai 1890. **Der Magistrat.**

Versteigerungsausgebot.

Zum Zwecke der Nachlaßregulirung soll der dem verstorbenen Restaurateur **Carl August Meyer** und dessen Mutter, Wittwe **Maria Meyer** geb. **Gerbe,** hier, gehörige, in der Anlage A. nachstehend bezeichnete, in der Stadt Weimar, im Brühl, gelegene Grundbesitz, in welchem seit Jahren eine schwunghafte **Gast- und Gartenwirthschaft** betrieben worden ist und zu welchem ein vor einigen Jahren neuerbauter **Concert-** und **Theatersaal** gehört,

Donnerstag, den 22. Mai 1890, Vormittags von 9 Uhr an

im hiesigen Amtsgericht, 2 Treppen hoch, meistbietend versteigert werden.

Das Urtheil über Ertheilung des Zuschlags wird auf Antrag an demselben Tage nach Schluß des Versteigerungstermins verkündet werden.

Die näheren Nachweisungen über den zu versteigernden Grundbesitz und die Verkaufsbedingungen liegen an den Wochentagen von 9 bis 12 Uhr in unserer Gerichtsschreiberei zur Einsicht aus.

Die Taxe des gesammten Grundbesitzes beträgt 81 000 ℳ

Weimar, den 29. April 1890.

Großherzoglich Sächs. Amtsgericht.
Dr. Schenk i. V.

Anlage A.

2 Ar	39	Quadratmeter	Wohnhaus, Parterre, 1. Etage,
— „	81	„	Küchen und Keller, Hausanbau,
— „	64	„	Retirade und überbauter Durchgang,
3 „	79	„	Concertsaal, Parterre und 1. Etage,
— „	49	„	Vorhalle zu demselben,
— „	81	„	Gartensalon,
1 „	20	„	Veranda,
— „	97	„	Pferdestall,
— „	68	„	Veranda,
— „	41	„	Kuhstall,
2 „	68	„	Eingang und Hofraum, der vordere,
— „	81	„	desgl., der hintere,
5 „	59	„	Garten
20 Ar	15	Quadratmeter.	Im Brühl.

Eine neue Militairvorlage.

Durch die Arbeiterbewegung, welche die öffentliche Aufmerksamkeit seit Monaten vorwiegend beschäftigt hatte, war es fast in Vergessenheit gerathen, daß dem neugewählten Reichstage auch eine neue Militairvorlage zugehen wird. Der „Reichsanzeiger" sagt von dieser Vorlage, daß sie in erster Linie die nothwendig gewordene Verstärkung der Feldartillerie durch Formation von 70 Batterien in der gesammten deutschen Armee sowie der dazu erforderlichen Abtheilungsstäbe, außerdem die Ergänzung der neu errichteten beiden preußischen Armeecorps an Specialtruppen bezweckt. Es wird dann mitgetheilt, daß die bisherigen Verstärkungen der Artillerie sowie die Erhöhung der Etats der am 1. April in die Reichslande vorgeschobenen Infanterie-Truppentheile unter Festhaltung der durch das letzte Septennatsgesetz gegebenen Präsenzziffer nur durch Schwächung der Infanterie stattfinden konnte. Das könne aber mit Rücksicht auf die Verhältnisse bei unseren Nachbarn nicht so fortgehen, unsere Infanterie könne nicht weiter geschwächt werden, ihre Cadres bedürften selbst dringend der Verstärkung. Es müsse deshalb eine neue Präsenzziffer bis zum Ablauf der jetzt giltigen Septennatsperiode gesichert werden.

Durch diese ebenso sachliche als bestimmte Auseinandersetzung wird uns der Ernst einer Lage zum Bewußtsein gebracht, die in den letzten Jahren weniger scharf hervorgetreten war. Die Bezugnahme auf die Verhältnisse unserer westlichen Nachbarn erinnert uns daran, welche Vorkehrungen die Franzosen an ihrer Ostgrenze für den Fall eines Krieges getroffen haben, daß ihre Artillerie nicht nur durch die Zahl der Kanonen, sondern auch durch die Bespannung und die Zahl der Officiere der unsrigen überlegen ist, und daß sie über eine Masse von Mannschaften verfügen, hinter der wir auch weit zurückbleiben. Das sind Thatsachen, mit welchen wir rechnen müssen und die uns trotz der günstigen Aussichten für Erhaltung des Friedens nöthigen, die unerläßliche Verstärkung unserer verfügbaren Streitkräfte einkehren zu lassen, damit wir gegen jede Ueberraschung gesichert sind. Die Massenanhäufung von französischen Truppen an der Ostgrenze Frankreichs ist unter Freycinet noch eifriger betrieben worden als unter Boulanger, sodaß wir zu einer entsprechenden Bewegung genöthigt waren. Es ist daraus zu ersehen, daß Deutschland niemals aggressiv vorgeht, sondern erst im äußersten Nothfall zur Vermehrung seiner Truppen schreitet.

Keine Vergleichung zwischen den deutschen und französischen Truppen, weder die Vorzüglichkeit unserer Heeresorganisation, noch die Beschaffenheit unserer Officiere und Unterofficiere kann darüber hinwegtäuschen, daß beim ersten Zusammenstoß die Macht der Zahl zunächst ihre Wirkung äußert. Wir dürfen auch nicht vergessen, daß die heutige französische Armee eine wesentlich andere ist als die des Jahres 1870. Damals ersetzte die Einbildung, die Ueberzeugung von der Unbesiegbarkeit der französischen Armee Das, was ihr fehlte, um ihr Widerstandskraft zu verleihen. Die Niederlagen der Jahre 1870 und 1871 haben den Franzosen eine harte Lehre gegeben, und sie haben diese Lehre beherzigt, viele Fehler sind seitdem verbessert worden, und seit Einführung der dreijährigen Dienstzeit ist die Zahl der französischen Soldaten zu einer ganz außerordentlichen Höhe angewachsen. Dadurch sind natürlich die nationalen Unterschiede nicht ausgeglichen, auch der französische Soldat von heute steht an Disciplin weit hinter dem deutschen Soldaten zurück, und auch im Puncte der Ausdauer ist dieser dem französischen weit überlegen. Eine Niederlage ist für deutsche Truppen lange nicht von so verheerender Wirkung wie für französische, wir dürfen deshalb der Zukunft immerhin mit vollem Vertrauen entgegensehen. Dieses Vertrauen überhebt uns aber nicht der Nothwendigkeit, Alles, was zur Erhöhung unserer Widerstandskraft nothwendig ist, zu thun, und dieser Nothwendigkeit gegenüber kommen Bedenken, welche die Erhöhung der Präsenzziffer erregen könnte, gar nicht in Betracht kommen.

Der Artikel des „Reichs-Anzeigers" erklärt es ferner für unerläßlich, daß die an der West- und Ostgrenze stehenden Infanterie- und Cavallerietruppen beim Ausbruch eines Krieges, ohne das Eintreffen von Reserven abzuwarten, an die Grenze vorrücken, um etwaige feindliche Einfälle abzuwehren und den Aufmarsch der aus dem Innern kommenden Heereskörper zu sichern. Wenn wir abwarten wollten, bis die Lage sich wieder kriegerischer gestaltete, ehe wir unsere Grenztruppen in Kriegsbereitschaft setzten, dann würden unsere Nachbarn einen Vorsprung haben, denn die Franzosen haben diese Maßregeln, an deren Ausführung wir jetzt herantreten, schon ergriffen, und es ist bekannt, welche Massen Cavallerie Rußland an seiner Westgrenze versammelt hat. In den Reichslanden ist nur die Infanterie auf Kriegsfuß mit Ausnahme der dort stehenden vier Jägerbataillone, die Cavallerie hatte bisher nur Friedensstat. Man ersieht daraus, wie zögernd die deutsche Kriegsleitung die Vorbereitungen unserer Nachbarn zum Kriege durch entsprechende Maßregeln erwidert.

Zur gleichmäßigen Gliederung der größeren Schlachtenkörper, welche in Sachsen bereits seit längerer Zeit erreicht ist und in Preußen durch die Bildung zweier neuer Armeecorps angestrebt wurde, soll nun auch in Bayern eine fünfte Division errichtet werden. In Bayern, wo bekanntlich die Klage über die Militairlast, welche das Bundesverhältniß auferlegt, stets besonders laut gewesen und noch beim Schluß der Landtagssession durch Ueberweisung einer Petition wegen Einführung der zweijährigen Dienstzeit an die Regierung zur Würdigung zum Ausdruck gekommen ist, pflegt man mit Erhöhung des Präsenzstandes besonders vorsichtig zu sein. Länger aber war das bestehende Mißverhältniß in der Gliederung des bayerischen Heereskörpers nicht zuzulassen, es mußte auch dort der Anfang zur Errichtung eines dritten Armeecorps gemacht werden, wie es der Zahl der Bevölkerung des Landes entspricht.

Endlich sollen Dienstprämien für Unterofficiere eingeführt werden, um den Unterofficier-Ersatz auf der bisherigen Höhe und ältere Unterofficiere in genügender Zahl im activen Dienst zu erhalten.

So sehr auch die Oppositionsparteien gegen weitere Erhöhungen des Militairetats eingenommen sind und ein so ergiebiges Feld für die Erzielung parlamentarischer Effecte solche Erhöhungen auch darbieten, so ist doch die Berechtigung der gestellten Forderungen nicht zu verkennen, um so weniger, als die angekündigten Maßregeln lediglich als die Consequenz der bisherigen Entwickelung erscheinen. Es wäre überhaupt ein großer Irrthum, wenn man glauben wollte, daß unter den bestehenden Verhältnissen die Ausgaben für Heereszwecke sich auf einen Zeitraum von sieben Jahren genau vorausbestimmen ließen. Wenn das Heer seinen Zweck erfüllen soll, den Krieg zu verhüten und die Vertheidigung des Landes gegen Angriffe sicher zu stellen, dann kann man nicht die Vorbereitungen der Nachbarn für den Kriegsfall vornehm ignoriren und auf bewährte Einrichtungen pochen. Diese Einrichtungen sind nur so lange zeitgemäß, als sie von denen anderer Völker nicht erreicht oder gar übertroffen werden. Stillstand ist Rückgang, und auf keinem Gebiete rächt sich der Stillstand so schwer wie auf dem militairischen. Wir dürfen das Vertrauen hegen, daß unsere militairischen Autoritäten nur das absolut Nothwendige fordern werden, Verschwendung hat unserer Finanzverwaltung nie zum Vorwurf gemacht werden können, und der Grundsatz der Sparsamkeit ist überhaupt in Deutschland stets der maßgebende gewesen.

Leipzig, 7. Mai.

* Zu dem Diner, welches am Montag zu Berlin bei dem französischen Botschafter Herbette und dessen Gemahlin stattfand, waren erschienen der Reichskanzler v. Caprivi, der Staatssecretair des Auswärtigen Amtes Freiherr v. Marschall mit Gemahlin, der württembergische Gesandte v. Moser, der sächsische Gesandte Graf Hohenthal mit Gemahlin, der hessische Gesandte v. Reidhardt mit Gemahlin, der braunschweigische Gesandte Freiherr v. Cramm, der mecklenburgische Gesandte v. Oertzen mit Gemahlin, der Landwirthschafts-Minister Dr. Frhr. Lucius v. Ballhausen, der Botschafter Graf Münster mit seiner Tochter, der Frau Gräfin Henckendorff-Hindenberg, der bayerische General-Lieutenant v. Lylander mit Gemahlin, sowie einige andere Personen von Auszeichnung.

* Wir lesen in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung":

Als im Frühling des Jahres 1876 eine Anzahl hervorragender und verdienstvoller Männer sich an das Werk machte, die in Folge der parlamentarischen und politischen Kämpfe der vorhergegangenen Jahre zersplitterte conservative Partei neu zu organisiren und diesen wichtigsten Factor des Parteilebens damit nach allen Richtungen hin wieder zur berechtigten Geltung zu bringen — hat die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" an diesen Bestrebungen vom ersten Augenblicke an mit der lebendigsten Theilnahme mitgewirkt. Mit dem Programm vom 13. Juli 1876 führte die neue Gestaltung der Partei sich in das öffentliche Leben ein, und unter den Ersten hißte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" das Banner der Deutschconservativen, um für die darin ausgesprochenen Grundsätze in ihrem Leserkreise Anerkennung zu werben.

Es war ein günstiger Stern, unter welchem die neue Parteigestaltung ins Leben getreten ist. Die Bedeutung der im ersten Kampfe einzig und allein auf die eigenen Kräfte gewiesenen Parteiorganisation hat sich mit jedem neuen Wahlkampfe aufs Neue bewährt, und die hervorragende Stellung, welche die Partei in den parlamentarischen Körperschaften des Reiches und Preußens einnimmt, legt beredtes Zeugniß dafür ab, daß die in dem Programm vom 13. Juli 1876 ausgesprochenen Grundsätze aus dem Denken und Empfinden aller conservativen Elemente in unserem Volke entsprungen waren.

Mit den Deutschconservativen hat die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" die ganzen verflossenen Jahre hindurch treu an diesen Grundsätzen festgehalten, und in allen Kämpfen, welche die Partei mit principiellen Gegnern zu bestehen hatte, hat unser Blatt Schulter an Schulter mit den Männern gefochten, mit denen sie an der grundlegenden Schöpfung des Jahres 1876 sich Eins gefühlt hatte.

Wenn diese Identität der Ziele und des Strebens in den vergangenen Jahren nicht auch in einer organischen Verbindung mit der Parteiorganisation zum Ausdruck gekommen ist, so lag das vornehmlich in dem beiderseitigen Wunsche, aus den traditionellen Beziehungen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" zu der führenden Stelle der Reichspolitik nicht Mißverständnisse aufkommen zu lassen, welche in dem allseitigen Verhältniß in keiner Weise begründet gewesen wären.

Diese Bedenken wollen nicht mehr ob, und es erscheint vielmehr mit dem Beginn einer neuen Reichstagsperiode ein organisches Zusammenwirken mit der Partei, deren Grundsätze wir stets vertreten haben, nicht blos möglich, sondern auch für die Vertretung dieser Grundsätze nützlich. Aufrichtig den politischen Freunden ergeben, aber stets eingedenk ihres jederzeit unentwegt festgehaltenen Grundsatzes, alle Verantwortlichkeit für das von ihr Gelegte nur auf die eigenen Schultern zu nehmen, wird die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" deshalb von nun an in Zukunft in dauernder Fühlung und Verständigung mit der Partei und deren parlamentarischen Organisationen bemüht sein, die Deutschconservativen in ihrer Arbeit für Gott, Kaiser und Vaterland auf Grundlage des Programms von 1876 zu unterstützen und zu fördern.

* Die „Kölnische Zeitung" bemerkt zu den neuesten Auslassungen der „Hamburger Nachrichten":

Wir haben es bisher für unsere patriotische Pflicht gehalten, über die Bemühungen der „Hamburger Nachrichten", die weltgeschichtliche Gestalt des Fürsten Bismarck zu der kleinen typisch-deutschen Figur, des Professors Geffcken, des Saitgestellten und mißvergnügten Staatsmannes, zusammenschrumpfen zu lassen, möglichst mit Stillschweigen hinwegzugehen. Sollten die „Hamburger Nachrichten" diese Bemühungen fortsetzen, so wird man dem Blatte begreiflich machen müssen, daß es sich an einem Realen Besitzthum der deutschen Nation vergreift, wenn es das geschichtliche Andenken des Fürsten Bismarck entweiht. Das deutsche Volk hat ein Recht darauf, daß der Nachruhm seines größten Staatsmannes nicht durch den mitunter solcher Ausführungen erweckten Schein eines kläglichen Abschlusses der glorreichen und verdienstvollen Laufbahn beeinträchtigt werde. Diejenigen deutschen Politiker, welche sich gleich uns nach wie vor überzeugungstreu zu den erprobten Grundsätzen der Bismarck'schen Staatskunst bekennen, können im höchsten nationalen Interesse verlangen, daß ihnen ihre grundsätzlich unabänderliche Stellung nicht durch zwecklose und widerwärtige persönliche Hänseleien erschwert wird.

* Ueber die Zweckmäßigkeit des Socialistengesetzes äußert sich die „Conservative Correspondenz" folgendermaßen:

Was lehrt uns nun der Verlauf des „Weltfeiertages" in Deutschland? Daß es etwas Anderes ist, bei der geheimen Wahl einen Stimmzettel für den socialdemokratischen Candidaten in die Urne zu werfen, und etwas Anderes, mit seiner Person voll und ganz für die Ziele der Umsturzpartei einzutreten. Wenn die Arbeitgeber einig sind und die „bürgerliche" Presse ihre Schuldigkeit thut, so ist den Bestrebungen der Umsturzpartei schon ein recht wirksamer Damm entgegengesetzt. Aber täuschen wir uns nicht: allein der energischen Abwehr der Arbeitgeber und der Presse ist die den Socialdemokraten am 1. Mai beigebrachte Schlappe nicht zu danken; sehr viel Antheil an diesem Erfolge hat auch das noch zu Recht bestehende Socialistengesetz, das nicht nur den Behörden ein scharfes Eingreifen durch Verbot von Versammlungen und Confiscation von Flugblättern ermöglichte, sondern das auch die Agitation der Umsturzler selbst lähmte — ja, das auf das ganze „würdige" und „abwehrende" Verhalten der Parteileitung der Socialdemokraten selbst von hohem Einfluß war, insofern als man zugestandenermaßen in jenen Kreisen Alles vermeiden sich bemühte, das etwa die Regierung in dem angeblichen Entschlusse, keine Verlängerung dieses Gesetzes zu beantragen, wankend machen könnte. So ist denn gerade der Verlauf des 1. Mai das beste Argument für den Weiterbestand des Socialistengesetzes; denn die Socialdemokraten werden Alles aufbieten, um die erlittene Schlappe möglichst glänzend wieder auszuwetzen, und die Umsturzpartei ist am 1. Mai zwar geschlagen, aber durchaus nicht besiegt worden. Zunächst wird man gespannt sein dürfen, wie die „gesperrten" Theilnehmer am „Weltfeiertage" sich den Unternehmern gegenüber verhalten werden; dann aber wird man den Umstand ins Auge fassen müssen, daß die Institution des „Maifestes" eine dauernde sein soll und daß trotz Coalition der Arbeitgeber nach Beseitigung des Socialistengesetzes der Verlauf solcher Kundgebungen im Lande der „socialdemokratischen Vormacht" doch wohl ein anderer sein würde als der der eben glücklich vorübergegangenen.

* Wie viel professionelle socialdemokratische Krakehler haben wir in Deutschland? Um zu ermessen, in welchem Verhältnisse die durch gewissenlose Agitatoren und Demagogen der ärgsten Sorte verleiteten sogenannten „Unzufriedenen" zu Denjenigen stehen, denen das verblendete Treiben, die gewaltsame Auflehnung gegen Recht und Ordnung ein Gräuel sind, ist es von Vortheil, jene Ziffern sich zu vergegenwärtigen, welche die Tabelle, betreffend die Bevölkerung nach Beruf und Alter, enthält. Von der Gesammtbevölkerung des 5. Juni 1882, d. i. von 45 222 113 Deutschen, entfielen auf die erwerbend thätigen, inclusive der im Handel und Verkehr beschäftigten, 16 881 931. Von diesen 16 881 931 entfallen auf die Landwirthschaft, woselbst unter den Arbeitnehmern eine Gährung nicht constatirt werden kann, 8 236 496 Personen, so daß für sämmtliche Industrien, inclusive Bergbau, Handel und Gewerbe, 8 645 435 verbleiben. Hiervon können nach den gerade am 1. Mai gemachten Erfahrungen höchstens 5 Proc. als Unruhestifter angesehen werden, so daß auf sämmtliche im Erwerbsleben stehende Personen 97 Proc. ruhige, 3 Procent unzufriedene Köpfe zu rechnen sind. Auf die Gesammtbevölkerung im Deutschen Reiche kämen also ca. 1 Proc. Krakehler, welche die übrigen 99 Proc. in Unruhe und Sorge erhalten. Das ist ein recht unerquickliches Verhältniß, um so unerquicklicher, wenn man erwägt, daß das überwiegende Contingent dieser „mali cives" aus feuchtkehrigen Burschen besteht.

* Der irische Paddy reibt sich vergnüglich die Hände; hat ihm doch soeben John Bull ein Geschenk von 33 Millionen Pfd. St. gemacht. Am Donnerstag ward der Landauskaufsentwurf in zweiter Lesung angenommen; sobald er Gesetz geworden, hat Paddy weniger an Capitalzins als früher an Pachtzins zu zahlen, und wird nach 49 Jahren selbst Gutsherr und Grundbesitzer. Der Kaufpreis, den er in dieser Zeit zu entrichten hat, darf den zwanzigfachen Pachtzins nicht übersteigen; übervortheilt kann er also nicht werden, auch wenn er wirklich den Capitalzins von 4 Procent zahlen sollte. Letzteres ist aber wohl nach den bisherigen Erfahrungen kaum zu erwarten. Jedenfalls macht Paddy ein gutes Geschäft; nur gesteht er dies nicht ein. Dankbarkeit gegen den Angelsachsen ist nicht seine Sache. Jede Gabe macht er vorher herzlich schlecht und läßt sie sich dann anscheinend aufhalsen, damit die Erkenntlichkeit nicht seine zukünftigen Forderungen beeinträchtige. Das ist der einzige Schlüssel zu der Opposition, welche die Parnelliten mit Parnell an der Spitze gegen den Entwurf losließen. Parnell, Dillon, T. R. O'Connor und Justin Mac Carthy ließen an dem Entwurfe kein gutes Haar, obschon er über den Gladstone'schen Landauskaufsentwurf vom Jahre 1886 weit hinaus ging. Und doch wissen sie sehr wohl, daß nur eine Unionsregierung ihnen ein solches Geschenk machen kann; wenn Gladstone ins Amt käme, würde der Entwurf an dem grundsätzlichen Widerstande der Tories und der radicalen Gruppe Labouchère scheitern, während die Tories jetzt aus Parteirücksichten ihre mannigfachen Bedenken unterdrücken. Die Mehrheit für den Entwurf betrug achtzig Stimmen, darunter die Chamberlain's, der schließlich seinen Wunsch, Landauskauf und Localverwaltung zu verquicken, fallen lassen mußte. Sein Einfluß in der inneren Politik hat durch seine unangebrachte Freundschaft stark gelitten. Balfour, der Vater des Entwurfs, widerlegte zum Schlusse alle Einwürfe in einer meisterhaften Rede. Mit der zweiten Lesung hat die Unionsregierung wiederum einen gesetzgeberischen Erfolg zu verzeichnen; und da auch das Goschen'sche Budget nachträglich die Mehrheit der Steuerzahler auf seiner Seite hat, erscheint die Stellung des Cabinets neugefestigt.

* Der „Grafhdanin" meldet, daß in Kurzem die Abstickungsarbeiten für eine Bahnlinie Samarkand-Taschkent beginnen werden. Dabei wird nicht etwa die kürzeste Richtung verfolgt werden, sondern die Linie soll durch den cultivirten Theil des Kreises von Chodschent gehen, um das Ferghana-Gebiet und die Steinkohlenlager Turkestans der Bahn zu nähern.